

# Obwaldner Volksfreund.

## Abonnement

Bei der Expedition bestellt:  
 jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 5.—  
 halbjährlich . . . . . „ 2.50

Bei den Post-Bureaux bestellt:  
 jährlich . . . . . „ 5.10  
 halbjährlich . . . . . „ 2.60

Druck und Expedition:  
**Buchdruckerei Louis Ehrli, Sarnen**

Telephon Telephon

Sarnen, Samstag, 19. Oktober

1907.

## Einrückungsgebühr für Obwalden

Die einspaltige Pettzeile oder deren Raum . . . 8 Rp.  
 Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

## Für Inserate von auswärts:

Die einspaltige Pettzeile oder deren Raum . . . 10 Rp.  
 Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt

## Gratis-Beilage:

Illustriertes „Sonntagsblatt“

Inserate von auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Saasenstein & Vogler, Rudolf Mosse** und **Drell Fühli & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Brüssel, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Strassburg und Wien. — **Union Schweiz, Zeitungen für den Inseraten-Verkehr, Luzern.**

### \* \* Ein offenes und ein ernstes Wort

möchten wir angesichts der bevorstehenden Abstimmung über die Militärorganisation an das Obwaldner-Volk und an das gesamte Volk der Urschweiz richten. Wir hoffen, daß es nicht ungehört verhallen werde, sondern Beherzigung finde.

Wer steht an der Spitze der Bewegung gegen die Militärorganisation? — Es sind dies die Sozialdemokraten. Sie haben das Referendum ergriffen und stoßen jetzt in die Trompete, um gegen das Gesetz Sturm zu blasen. Sie wollten am liebsten mit dem Militär ganz aufräumen. Sie sind Kosmopoliten, d. h. sie haben einen ganz andern Begriff von der Vaterlandsliebe, als wir. Sie suchen ihr Vaterland da, wo es ihnen gut geht und wo sie ihre Ideen am besten verwirklichen können. Diese Ideen sind vielfach mit einem geordneten Staatswesen unvereinbar. An der Militärorganisation mißfällt dieser Partei hauptsächlich, daß das Militär auch zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Innern, z. B. bei Streikbewegungen, verwendet werden kann. Uebrigens sind die einsichtigsten und ehrenwertesten Führer der Sozialdemokraten nicht Gegner der Militärorganisation, sondern sprechen sich für dieselbe aus. Wir erinnern dabei namentlich an die beiden Nationalräte Dr. Brüstlein und Heinrich Scherrer.

Nun gibt es aber noch eine andere Partei, welche entschieden gegen die Militärorganisation Stellung genommen hat. Es sind dies die Genfer Radikalen. Zwar sind nicht alle Glieder dieser Partei Gegner der Militärorganisation, wohl aber ist dies der äußerste linke Flügel. Dieser besteht aus ausgesprochenen Katholikenhassern und Kulturkämpfern. Es sind dies die gleichen Leute, welche sich mit Händen und Füßen dagegen sperren, die Katholiken in Genf wieder in den Besitz der ihnen vor Gott und Recht gehörenden Liebfrauenkirche gelangen zu lassen. Nun meinen wir, das Volk der Urschweiz sollte sich zwei- und dreimal bestimmen, bevor es sich an den Schweiz der Sozialdemokraten und der kulturkämpferischen Genfer Radikalen hängt.

Wer tritt für die Militärorganisation ein? — Beinahe die ganze Bundesversammlung mit verschwindenden Ausnahmen. Wir wollen namentlich betonen, daß solche Mitglieder der eidgenössischen Räte, welche anfänglich der Militärvorlage nicht grün waren, sich an der Bewegung gegen dieselbe nicht beteiligen, weil sie nicht den Sozialdemokraten die Rastanien aus dem Feuer holen wollen. Wir denken da namentlich an Herrn Nationalrat Dürrenmatt, den wackern und unerschrockenen Redaktor der „Bernener Volkszeitung“. Er war ursprünglich kein Freund der Militärorganisation, aber von der Bewegung gegen dieselbe hält er sich ferne. Die Vögel, welche diesen Gesang anstimmen, gefallen ihm zu wenig gut. Entschieden Stellung zugunsten der Militärorganisation nimmt der Schweizerische Bauernverband. Es ist dies derjenige Verband, welcher sich die Wahrung und Förderung der Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zum Ziel gesetzt und dabei auch schon glänzende Erfolge erreicht hat. Man braucht sich nur an den Zolltarif und an die Handelsverträge zu erinnern. Die Bauersame der Urschweiz wäre doch gewiß in der denkbar ärgsten Täuschung befangen, wenn sie annehmen würde, ihre Interessen werden durch die Sozialdemokraten besser und wirksamer vertreten als durch den Schweizerischen Bauernverband und dessen in allen Kreisen hochangesehenen und vielverdienten Generalsekretär Dr. Laur.

Die sämtlichen Abgeordneten in der Bundesversammlung aus den Urkantonen haben für die Militärorganisation gestimmt und sie stehen in einem an das Schweizervolk gerichteten Aufruf

mit ihrer Unterschrift zu dieser Stimmabgabe. Gewiß steht es ihren Wählern völlig frei, bei der Abstimmung über die Militärorganisation eine andere Stellung einzunehmen, als die Abgeordneten in den eidgenössischen Räten. Aber auf einen Punkt möchten wir allen Ernstes aufmerksam machen, der vielleicht von manchem etwas zu wenig beachtet wird. Wenn das Volk in einer so wichtigen Frage seine Abgeordneten im Stich läßt, so wird der Einfluß derselben in andern Fragen ungemein geschwächt oder geht ganz verloren. Die Militärvorlage beruht auf einem Kompromiß. Man ist sich wechselseitig entgegengekommen und dann schließlich dazu gelangt, daß das Gesetz in den Räten beinahe einstimmig angenommen wurde. Wenn nun das Volk der Urschweiz dasselbe verwirft, so soll es von seinen Vertretern in der Bundesversammlung bei andern Fragen nicht mehr verlangen, daß sie einen großen Einfluß ausüben. Man wird ihnen, wenn sie entgegenkommen von Seiten der Mehrheit fordern, antworten: „Wir haben auf Euerer Mitwirkung bei der Militärorganisation gezählt. Ihr habt uns diese Mitwirkung versprochen, nach dem wir Eueren Wünschen in verschiedener Hinsicht Rechnung getragen hatten. Aber Euerer Wähler haben Euch dann doch im Stich gelassen. Wir können nicht mehr auf Euch zählen und darum auch nicht mit Euch paktieren.“ Das ist die Antwort, welche die Vertreter aus den Urkantonen von ihren freisinnigen Kollegen erhalten werden, wenn sie auf andern Gebieten Zugeständnisse verlangen. Es handelt sich um eine entscheidungsschwere Stunde und da nehmen wir kein Blatt mehr vor den Mund, sondern wir sagen es offen und freimütig heraus, daß wir hier konfessionelle und Schulfragen im Auge haben. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so liegt die Zeit nicht so ferne, wo wir uns auf den Ausspruch, den wir hier tun, werden berufen können. Es gibt Leute genug, welche geneigt wären, das Feuer des Kulturkampfes wieder anzufachen. Der Wind, der vom Ausland her in die Schweiz hineinbläst, würde dazu beitragen. Wenn man derartigen Bestrebungen die Spitze abbrechen will, so kann man sich den Neuerungen auf andern Gebieten gegenüber nicht schroff ablehnend verhalten.

Die Neuorganisation unseres Militäres wird von den Fachmännern aller Parteien als eine Notwendigkeit bezeichnet. Nun wäre es, unseres Dafürhaltens, eine außerordentlich kurzfristige Politik, wenn man sagen wollte: „Man muß den Herren in Bern droben wieder einmal zeigen, wer Meister ist — sie oder das Volk.“ Einerseits und vor allem aus kann eine solche Sprache doch nicht angewandt werden, wenn es sich um Fragen handelt, bei denen hochwichtige vaterländische Interessen auf dem Spiele stehen. Andererseits aber soll man nicht riskieren, daß der Spieß umgekehrt werde und daß man uns dann auch wieder einmal fühlen lasse, wer Meister sei.

Wir betonen mit allem Nachdruck, daß es vor allem aus sachliche Gründe sind, welche uns bestimmen, für Annahme der Militärorganisation in die Schranken zu treten. Wir erblicken darin eine notwendige Verbesserung in unserm Wehrwesen. Von diesem Standpunkt aus betrachten wir unsere Stellungnahme als eine Gewissenspflicht gegenüber unserm Vaterlande. Sodann aber nehmen wir keinen Anstand, es offen auszusprechen, daß wir auch aus politischen Gründen die Annahme der Militärorganisation befürworten. Man würde es in der ganzen Schweiz unbegreiflich finden, wenn das Volk der Urschweiz sich von seinen Vertretern und Vertrauensmännern trennen und nicht auf die berufensten Wortführer der Landwirtschaft hören, sondern den Sozialdemokraten und dem äußersten linken Flügel der Radikalen Heerfolge leisten würde. Die Militärorganisation käme damit nicht zum Falle, aber andere Folgen könnten eintreten, die dem Volk der Urschweiz nichts weniger als erwünscht wären.

Am 3. Wintermonat handelt es sich allerdings um die Militärorganisation; aber hinter der Militärorganisation stehen auch noch andere Fragen, die durch diesen Entscheid mitberührt werden.

Was wir hier sagen, ist der Ausdruck der innersten Ueberzeugung eines ergrauten Politikers. Wenn wir dieser Ueberzeugung unumwundenen Ausdruck gegeben haben, so taten wir es aus Gewissenspflicht.

### Sidgenossenschaft.

**Postanweisungsverkehr.** Vom 1. November nächst-hin an können Postanweisungen bis zum Höchstbetrage von 300 Rubeln (bisher 100 Rubeln) nach Rußland (ohne Finnland) versandt werden.

**Zur Absinthinitiative.** Während die Absinthinitiative bei den ost- und inner-schweizerischen Kantonsregierungen keinen besonderen Anklang fand, weil hier sozusagen kein Absinthgenuß konstatiert werden konnte, erklärten sich die Kantonsregierungen der Westschweiz, von wo die Absinthbewegung ausgegangen und wohin der Absinthgenuß von Frankreich her eingeführt wurde, entschiedener zu gunsten der Initiative. So erachtet der Staatsrat von Freiburg, gestützt auf die inneren hygienischen Nachteile des Absinthgenusses, welcher sich allmählig von den Städten in die Dörfer verbreitet, die Initiative als berechtigt. Die Entschädigungsfrage soll im gegebenen Momente geprüft werden. Der Staatsrat von Valais spricht sich ebenfalls günstig aus. Der waadtländische Staatsrat kann die Initiative nur billigen. Basel-Stadt stellt sich ihr günstig gegenüber.

Die Regierung von Bern erklärt, obgleich der Absinth im Kanton Bern viel weniger Verheerungen anrichtet als der Branntwein, möchte sie sich nicht gegen die Initiative aussprechen, von der Erwägung ausgehend, daß der Absinth ein Gift sei, welches regelmäßig oder in größeren Quantitäten genommen, für den menschlichen Organismus gefährlich werden könne.

Der Regierungsrat von Zug dagegen ist der Initiative nicht günstig, da im allgemeinen weder durch eine Verfassungsänderung noch durch Aufstellung von Gesetzesartikeln abgeholfen werden könne.

### Obwalden.

**Aus den Verhandlungen des Regierungsrates vom 17. Oktober 1907.** — Der Bundesrat teilt mit, daß er an die Kosten für Erstellung einer eisernen Wasserleitung mit Tränketrog auf der Schwanderalp Unterwengen, im reduzierten Voranschlag von Fr. 645, sowie für eine von Nikl. Mohrer auf der Sachser Gemeindegchalp Wengen projektierte Stallbaute Bundesbeiträge von je 20% bewilligt habe. — Dem Regierungsrat des Kantons Bern wird zum Hinscheid seines Mitgliedes Hr. Joh. Winder kondoliert und an dessen Leichenfeier Hr. Landammann von Moos abgeordnet. — Die Weisungen des eidg. Militärdepartementes betreffend die Feststellung und Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse der im Militärdienst sich befindlichen Truppen an der Volksabstimmung den 3. November werden zur Nachachtung der Ständekanzlei überwiesen. — Die vom Gemeinderat Engelberg eingelangte Vernehmlassung über das Bahnprojekt Engelberg-Weiringen der H. H. Cattani und Konsorten geht vorerst zur Antragstellung an die kant. Baukommission. — Das zur Vernehmlassung übermittelte Projekt der Generaldirektion der Bundesbahnen für eine Wegunterführung bei der Steinlauri in Lungern wird zur Gründung und Begutachtung der Baudirektion zugestellt. — Die Wirtschaftskonzession für das Gasthaus z. Schlüssel in St. Niklausen wird auf den neuen Pächter Otto Durrer übertragen. — Das Gesuch eines Be-